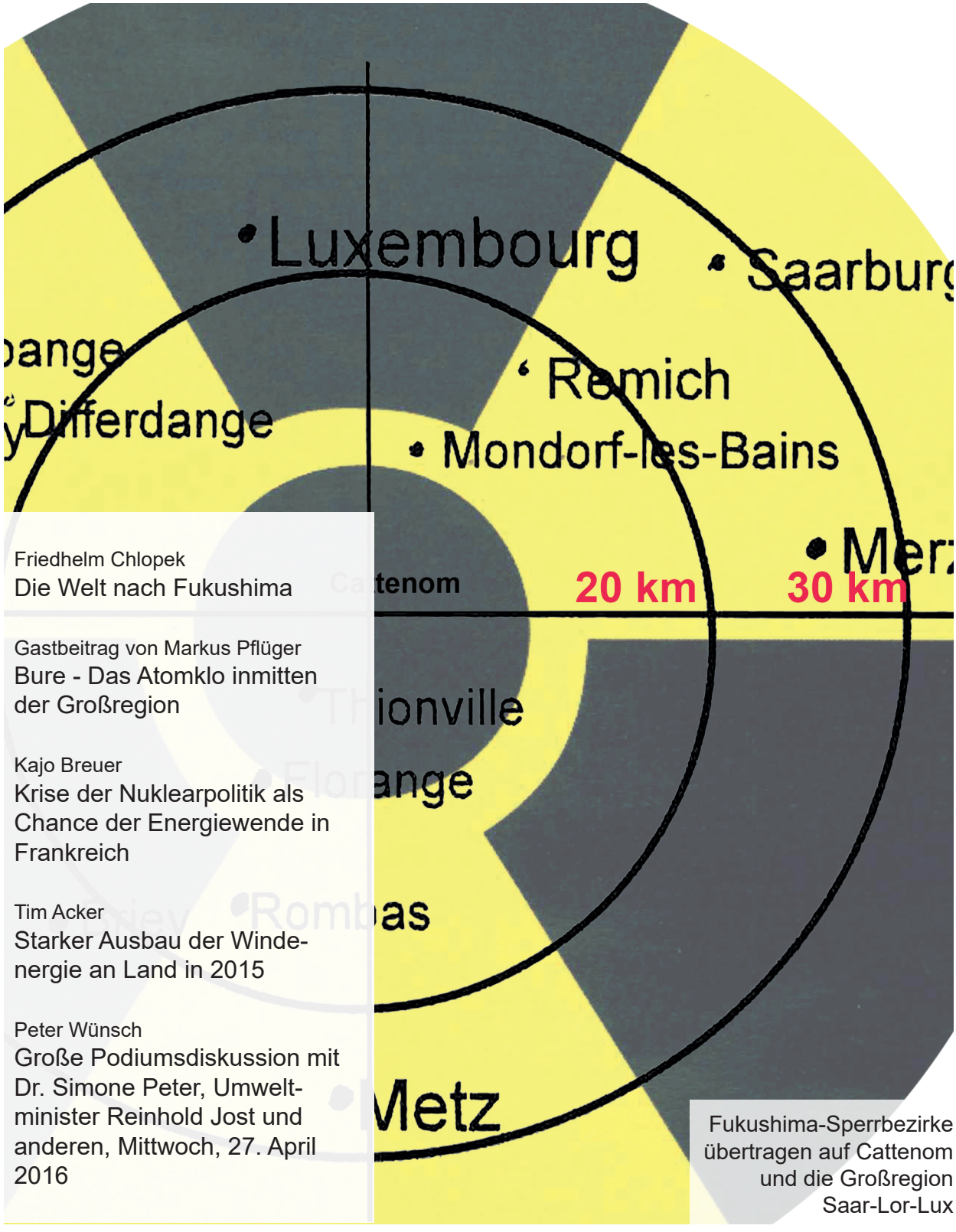
MAGAZIN

Energiewende Saarland e.V.

März 2016

ENERGIE *WENDE* SAARLAND e.V.



Fukushima-Sperrbezirke übertragen auf Cattenom und die Großregion Saar-Lor-Lux

Friedhelm Chlopek
Die Welt nach Fukushima

Gastbeitrag von Markus Pflüger
Bure - Das Atomklo inmitten der Großregion

Kajo Breuer
Krise der Nuklearpolitik als Chance der Energiewende in Frankreich

Tim Acker
Starker Ausbau der Windenergie an Land in 2015

Peter Wünsch
Große Podiumsdiskussion mit Dr. Simone Peter, Umweltminister Reinhold Jost und anderen, Mittwoch, 27. April 2016

Foto: Gernot Dewes

Liebe Leserinnen und Leser,

Dreißig Jahre sind inzwischen vergangen seit der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl, fünf Jahre seit dem atomaren GAU in Fukushima. Jahreszahlen, die nachdenklich machen sollten und doch allzu schnell in Vergessenheit geraten. Dank einer Kooperation mit der Arbeitskammer des Saarlandes kann die Energiewende Saarland e.V. eine Veranstaltung ankündigen, die diesen Jahrestagen gerecht wird: Atomausstieg und Energiewende – eine Erfolgsgeschichte? Eine deutsch-französische Betrachtung zum 30. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. An der Podiumsdiskussion am 27. April 2016 in der Arbeitskammer werden sich der saarländische Umweltminister Reinhold Jost, die Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Simone Peter, der stellvertretende Vorsitzende des DGB Rheinland-Pfalz, Eugen Roth und ein Vertreter der Fédération CGT des Mines et de l'Énergie beteiligen. Unsere erste Ausgabe im Jahr 2016 beschäftigt sich mit dem Thema.

Was ist uns eigentlich der vermeintliche Fortschritt wert? In einem Umkreis von 20 Kilometern wird Fukushima für Jahrtausende unbewohnbar bleiben. In den nächsten Jahren werden mehr als 16.000 zusätzliche Krebserkrankungen aufgrund der Atomkatastrophe prognostiziert. Und noch heute leiden unendlich viele Menschen an den Folgen des GAU von Tschernobyl, der mittlerweile fast 200 Milliarden Euro kostet. Der Artikel „Die Welt nach Fukushima" in diesem Heft beschäftigt sich mit dem Thema.

Ein weiterer Themenpunkt: Die Endlagerung ist nach wie vor ungeklärt. Wenn wir in Generationen rechnen, dann ist diese Zeitrechnung für den Zerfall von Atomen lächerlich. Hätten wir vor 10 Milliarden Jahren 10 Milliarden Tonnen Plutonium 244 eingelagert, dann wären jetzt noch 13 Kerne übrig. Das sind die Zeiten, mit denen wir bei der Endlagerung der verstrahlten Produkte rechnen müssen. Hierzu haben wir einen Gastbeitrag von Markus Pflüger vom Antiatomnetz Trier über das geplante atomare Endlager in Bure.

One more thing: Das Heftlayout hat sich etwas geändert. Wir haben die erste Seite als Aufmacher gestaltet, ganz so, wie es für ein Magazin üblich ist. Also bleibt etwas weniger Platz für Fließtext, was nicht gleichbedeutend ist mit weniger Inhalt. Denn: Wir haben ja unsere Internetseite relauncht. Und hier werden wir laufend – so gut es unsere Zeit zulässt – weitere Artikel rund um das Thema Energiewende einstellen: www.energiewende-saarland.de. Zusätzlich werden wir das aktuelle Heft sowohl als PDF-Dokument als auch als E-Paper fürs iPad/Tablet zur Verfügung stellen. Und natürlich können Sie uns gerne eigene Anregungen, Artikel und Meinungen zuschicken, die wir nach Prüfung veröffentlichen. Unsere E-Mail-Adresse:

newsroom@energiewende-saarland.de.

Wir sehen uns auf der Veranstaltung am 27. April, zu der Sie sich über die Arbeitskammer anmelden müssen (nähere Informationen auf unserer Internetseite).

Ihr Friedhelm Chlopek

Podiumsdiskussion am 27. April 2016 in Saarbrücken:

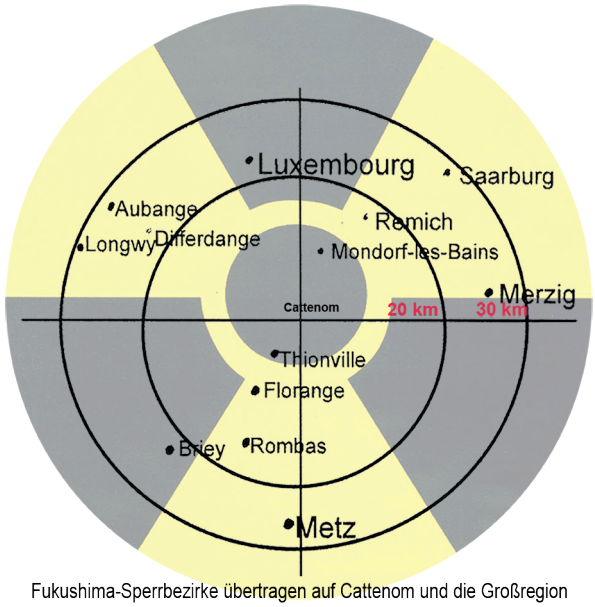
Atomausstieg und Energiewende – eine Erfolgsgeschichte?

Eine deutsch-französische Betrachtung zum 30. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl - mit Simultanübersetzung in Deutsch/Französisch

von Peter Wünsch

Es ist ein Trauerspiel, wie wenig sich Frankreich in puncto Atomausstieg bewegt. Woran liegt es, dass die Franzosen so stark an der zivilen Nutzung der Atomenergie festhalten, obwohl die weltweiten Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima zeigen, dass diese Technologie nicht sicher ist? Liegt es an der Trägheit und dem geringen Willen, an der Technologiegläubigkeit oder den eingefahrenen zentralen Strukturen in unserem Nachbarland? Verhindert der künstlich niedrig gehaltene Energiepreis für Strom einen zügigen Aufbau von Stromerzeugungs-Alternativen?

Deutsch-französische Grenzregionen sind durch Frankreichs Festhalten an Kernkraftwerken unmittelbar gefährdet. Deshalb muss die deutsche Bundes- und Landespolitik Strategien entwickeln, um



Fukushima-Sperrbezirke übertragen auf Cattenom und die Großregion Saar-Lor-Lux, Illustration: Friedhelm Chlopek

Frankreich zum Atomausstieg zu bewegen. Doch wie können wir Saarländer unseren Einfluss nutzen, damit sich Politiker in Berlin und in unseren benachbarten Regionen für das Abschalten des Pannenrektors in Cattenom einsetzen?

Diese Fragen treiben uns von der Energiewende Saarland seit Jahren an, gegen den Alltagstrott im Atomgeschäft anzugehen, Öffentlichkeit herzustellen und Änderungen einzufordern. Der öffentlichen Diskussion dient auch die deutsch-französische Veranstaltung „Atomausstieg und Energiewende – eine Erfolgsgeschichte?“, die wir am 27. April 2016 in Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer des Saarlandes durchführen. Teilnehmer der Diskussionsrunde sind Reinhold Jost, Minister für Umwelt und Verbraucherschutz des Saarlandes, Eugen Roth, stellvertretender Vorsitzender DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, Dr. Simone Peter, Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen und ein Mitarbeiter der Fédération CGT des Mines et de l’Énergie, Paris.

Die Uhr tickt: Die nächste Nuklearkatastrophe ist nur eine Frage der Zeit. Wenn vor unserer Haustüre ein Super-GAU wie in Fukushima passiert, wird unsere Region der Vergangenheit angehören.

Veranstaltung:

Atomausstieg und Energiewende – eine Erfolgsgeschichte?

Sortie du nucléaire civil et transition énergétique – une réussite?

Veranstaltungsort:

Großer Saal der Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6, 66111 Saarbrücken

Datum: 27.04.2016

Uhrzeit: 17.00 - 19.00 Uhr

Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung über die Arbeitskammer notwendig.

Die Welt nach Fukushima

von Friedhelm Chlopek

März 2011: Fukushima

Fünf Jahre nach dem atomaren Super-GAU in Japan ist Fukushima zum Inbegriff der Gefahren von Atomkraftwerken geworden. Vor Fukushima konnte man Bundeskanzlerin Angela Merkel noch sagen hören: „Wenn ich sehe, wie viele Kernkraftwerke weltweit gebaut werden, dann wäre es wirklich jammerschade, sollten wir aus diesem Bereich aussteigen.“ (Rede bei der BDI-Jahrestagung, 15.06.2009). Nach Fukushima hat sich alles verändert, jedenfalls in Deutschland.

> Dezember 1952 – In einem Reaktor bei Ottawa kommt es zu einer schweren Explosion. Der Reaktorkern wird bei einer partiellen Kernschmelze zerstört.Fachleute geben die Zahl der zu erwartenden Toten mit zwischen 4.000 und 100.000 an. 4.000 Menschen erkrankten infolge des Unfalls an Schilddrüsenkrebs.

Die Katastrophe

Das Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi (Fukushima I) wurde am 11. März 2011 von einer 14 Meter hohen Welle getroffen. Es trat zwar eine sofortige Schnell-

abschaltung ein, doch auf Grund des Zusammenbrechens der Strom- und Notstromversorgung kam es zu einer Atomkatastrophe, die in der Bewertungsskala INES zunächst in Stufe 5 eingeordnet wurde. Erst viel später, am 12 April 2011, wurde diese Katastrophe als katastrophaler Unfall

INES (von engl. International Nuclear Event Scal)
Stufe 0 – Ereignis unterhalb der Skala

- Stufe 1 – Störung
- Stufe 2 – Störfall
- Stufe 3 – Ernster Störfall/Beinahe-Unfall
- Stufe 4 – Unfall
- Stufe 5 – Ernster Unfall
- Stufe 6 – Schwerer Unfall
- Stufe 7 – Katastrophaler Unfall

der Stufe 7 (GAU) klassifiziert.

Schon sehr früh vermuteten Experten, dass es in den Blöcken zu Kernschmelzen kam. Aber erst am 24. Mai gab der Betreiber Tepco zu, dass in allen drei aktiven Reaktoren bereits unmittelbar nach dem Erdbeben Kernschmelzen einsetzten. Erst Jahre später, nämlich im Jahr 2013, wurde eine Analyse veröffentlicht, nach der die Katastrophe von Fukushima in der Form, wie sie die Welt erlebt hatte, vermeidbar gewesen wäre. Dass in Japan Naturkatastrophen wie schwere Erdbeben und ein Tsunami vorkommen können, hätte man wissen müssen. Maßnahmen für den Schutz der Bevölkerung und eine Sicherheitsüberprüfung von Kernkraftwerken in einem solchen Fall hätten be-

März 1979: Maschinen- und Bedienungsfehler führen im US-Kernkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg zum Ausfall der Reaktorkühlung, die eine partielle Kernschmelze und die Freisetzung von radioaktiven Gasen zur Folge hat.

stehen müssen. Hätte man direkt nach dem Unglück agiert, hätte das Ausmaß der nuklearen Katastrophe deutlich verringert werden können. Doch die Verantwortlichen haben die von dem Erdbeben und Tsunami ausgehende Katastrophe fatal unterschätzt.

Die Folgen

Die Auswirkungen der Katastrophe bis heute: Eine 20 Kilometer große Evakuierungszone und ein 30 Kilometer großes Sperrgebiet. Acht Prozent der Landfläche sind radioaktiv verstrahlt. Die Emission radioaktiver Stoffe in Luft, Boden und dem pazifi-

April 1986: Kernschmelze im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl. Der radioaktive Niederschlag geht auch in Deutschland nieder. Das Ausmaß der Folgen ist bis heute unklar. Fachleute geben die Zahl der zu erwartenden Toten mit zwischen 4.000 und 100.000 an. 4.000 Menschen erkrankten infolge des Unfalls an Schilddrüsenkrebs.

schen Ozean begannen mit den Explosionen in den Reaktoren und dauern bis heute an. Nach einer Studie der LSCE (französisches Institut für Klima- und Umweltwissenschaften) wurden und werden radioaktive Substanzen durch Taifune stark verbreitet. Die Wissenschaftler des Institutes konnten nachweisen, dass tropische Wirbelstürme belastete Sedimente aus den Böden in den Regionen um Fukushima auswaschen, in denen sich radioaktives Material wie Cäsium 134 und Cäsium 137 abgelagert hat. So gelangt das radioaktiv verseuchte Material in Flüsse und bis in den Pazifischen Ozean.

Fast 150.000 Menschen mussten die Region um Fukushima verlassen. Es war die Politik, die sehr lange und wider besseres Wissen den Betroffenen immer wieder die Hoffnung gemacht hat, dass sie in ihre Häuser zurückkehren können. Im Jahr 2013 stellte sich die Regierung erstmals der Realität und benannte Gebiete, die wegen der radioaktiven Verseuchung nie mehr bewohnbar sein werden.

Die Kosten

Die Kosten der Katastrophe von Fukushima bis zum Jahr 2015 betrugen 180 Milliarden US-Dollar (Zum Vergleich: Tschernobyl kostet bis heute 500 Milliarden US-Dollar). Diese unvorstellbare Summe ist nur die eine Seite der Medaille. Die Folgen für Mensch, Tier und Umwelt sind bis heute spürbar. Die UNSCEAR (Wissenschaftlicher Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung) geht davon aus, dass bei der japanischen Bevölkerung bis zu 16.000 zusätzliche Krebserkrankungen und bis zu 9.000 zusätzliche Krebstodesfälle zu erwarten sind. Die IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.) befürchtet, dass die tatsächlichen Zahlen weitaus höher liegen. Trotz sinkender Radioaktivität nimmt die Zahl der Singvögel im Sperrgebiet immer stärker ab, einige Arten sind fast ganz verschwunden.

Krise der Nuklearpolitik als Chance der Energiewende in Frankreich

von Kajo Breuer

Als Mitte vergangenen Jahres die französische Nationalversammlung eine „Energiewende“ verabschiedete, vermuteten nicht wenige Beobachterinnen und Beobachter, es sei eine Art symbolischer Akt, um beim Klimagipfel in Paris mit ambitionierten Zielen zu glänzen. Inzwischen zeigt sich verstärkt, dass die französische Energiewende nicht nur aus ökologischen Erwägungen angestrebt wurde, sondern vor allem aufgrund der krisenhaften Entwicklung der Nuklearindustrie.

Lange Zeit galt die Nuklearenergie in Frankreich als geradezu unantastbar. Sie wurde als Garant für staatliche Souveränität und günstige Strompreise angesehen. Mit der militärischen Nutzung wurde das Erbe der „Grande Nation“ innerhalb des NATO-Bündnisses gesichert, die billigen Elektrizität sorgte für die Zustimmung der Bevölkerung. Im Jahr 2014 zahlte in Frankreich ein mittlerer Haushalt 17,5 Cent je Kilowattstunde (im Vergleich: in Deutschland waren es 29,5 Cent). Möglich wurde das, weil die 58 Atomreaktoren des Landes fast sämtlich abgeschrieben sind und Strompreiserhöhungen von den Regierungen stets abgeblockt wurden. Ab 2030 werden Investitionen für den Bau neuer Reaktoren erforderlich sein, immerhin sind die französischen Atomkraftwerke durchschnittlich seit 30 Jahren in Betrieb. 55 Reaktoren wurden zwischen 1970 und 1984 gebaut und weisen nach Angaben der französischen Nuklearbehörde nun „systemische Defekte“ auf.

Blick von der vorbeiführenden Departmentstraße D56 über den Kühlwasserstausee (Lac du Mirgenbach) des Kernkraftwerkes Cattenom.
Foto: ©Landesbildstelle Saarland im LPM (Mechthild Schneider)

Konfrontiert mit diesen Herausforderungen zeigt sich der staatliche Kraftwerkskonstrukteur Areva völlig überfordert. Jüngst fasste die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ den Zustand folgendermaßen zusammen: das Unternehmen sei „mit seinem ganzen Geschäftsmodell gescheitert“. Wie kein anderer Konzern auf der Welt habe Areva die gesamte Bandbreite der Wertschöpfung besetzt, von der Uranförderung in eigenen Minen und der Anreicherung über den Reaktorbau bis zur Aufbereitung abgebrannter Brennstäbe in La Hague. Diese Unternehmenspolitik, gedeckt von den staatlichen Verwaltungsräten, sei kläglich misslungen. Ergebnis: Die Steuerzahlerinnen und -zahler müssen bluten. Rund 5 Milliarden Euro muss der französische Staat zum Ausgleich der gröbsten finanziellen Lücken in Avera hineinstecken. Die staatliche Electricité de France (EdF) soll nun den Part des Reaktorbaus übernehmen. Aber die EdF selbst ist Nöten: Sie ist hochverschuldet und hat seit der Marktöffnung ein Viertel ihrer Kunden verloren. Vor annähernd zehn Jahren noch das zweitteuerste Unternehmen Europas, ist sie heute ein Energieriese auf tönernen Füßen.

Diese missliche Situation der Atomenergie ist in letzter Zeit zunehmend ins Bewusstsein der französischen Gesellschaft gedrungen. Sie fördert die Bereitschaft, sich mit Alternativen auseinanderzusetzen. Damit erhöhen sich die Chancen einer ökologisch geprägten Energiepolitik. Fortschritte sind in jüngster Zeit bereits zu verzeichnen. Im vergangenen Jahr stieg nach Angaben des Übertragungsnetzbetreibers RTE die Ökostrom-Produktion aus Solar- und Windenergie um 25 Prozent, während im gleichen Zeitraum ein Drittel der französischen Kohlekraftwerke geschlossen wurde. Ende 2015 waren in Frankreich Photovoltaik-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 6,2 Gigawatt installiert. Der Photovoltaik-Zubau betrug in Frankreich im vergangenen Jahr 895 Megawatt, die Solarstrom-Produktion stieg um ein Viertel auf 7,4 Terrawattstunden. Zum Vergleich: Im Vorjahr waren es 5,9 Terrawattstunden. Insgesamt deckten erneuerbare Energien etwa ein Drittel des Energieverbrauchs in Frankreich.

In welche Richtung und mit welchem Tempo sich die Energiewende in Frankreich entwickeln wird, ist derzeit ungewiss. Die einen denken dabei an Lenins Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritt zurück“, die anderen an die Echternacher Springprozession „Zwei Schritt vorwärts, ein Schritt zurück“. Ähnliches gilt für Deutschland. Vielleicht ist es hilfreich, die Klimaschutz- und Energiepolitik in beiden Ländern als eine Art Suchbewegung zu betrachten, die für gemeinsame grenzüberschreitende Initiativen im Saarland Chancen eröffnet.

Endlagerprojekt Bure: Ein Atomklo mitten in der Großregion

Gastbeitrag von Markus Pflüger, Antiatomnetz Trier, www.antiatomnetz-trier.de

Bure liegt 150 Kilometer Luftlinie von der deutsch-französischen Grenze in der Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz. Der Ort mit etwa 80 Einwohnern gehört zum Departement Meuse in Lothringen, seine südwestliche Grenze ist auch die Grenze zum Département Haute-Marne.

In dieser Region gibt es bereits zwei Atommülllager: Soulaines und Velaines für schwach bis mittelradioaktiven Müll. Ein weiteres Endlager dieser Art wurde bisher durch den Widerstand von Gemeinden verhindert. Bure als „Versuchslabor" für hochradioaktiven Müll wurde dagegen von vielen Bürgermeistern akzeptiert. Millionen flossen in die Kassen von Gemeinden, die Zustimmung sei erkauft, sagen Kritiker.

Auf der Gemarkung von Bure errichtete die französische Atommüllagentur ANDRA (Agence Nationale pour la Gestion des Déchets Radioactifs) ein sogenanntes Versuchslabor für die Endlagerung von hochradioaktivem Müll.

Die Bohrarbeiten in Bure starteten im Jahr 1994. Seitdem gibt es Widerstand. Im Jahr 2000 wurde trotz Protesten aus ganz Frankreich und dem angrenzenden Ausland in rund 500 Metern Tiefe ein „Forschungslabor" eingerichtet: ein etwa 500 Meter langer, 4,5 Meter hoher und 3,5 Meter breiter Tunnel. Hier untersuchen Geologen, Chemiker und Physiker – auch aus Deutschland und mit deutschen und europäischen Forschungsgeldern, ob die etwa 130 Meter dicke Lehmschicht für die Einlagerung von hochradioaktiven Abfällen geeignet ist. Nach Angaben der ANDRA ist das Lager zunächst für 6000 Kubikmeter Müll konzipiert. Dies entspricht der Menge an Atommüll, die seit Inbetriebnahme der französischen Atomkraftwerke bis zum jetzigen Zeitpunkt bereits entstanden ist und die bis 2030 noch anfallen wird. Allerdings werden für die nächste Generation von Atomkraftwerken, die Europäischen Druckwasserreaktoren (EPR), die berechneten Kapazitäten noch nicht einmal ausreichen.

Europäisches Endlager mit deutscher Unterstützung?

Umweltschützer befürchten, dass in dem Endlager auch Atommüll aus dem Ausland landen könnte, beispielsweise aus Deutschland. Zudem liegt Bure auf der Route von der Wiederaufbereitungsanlage La Hague in Richtung deutsche Grenze. Umweltschützer kritisieren das Projekt aus demokratischen, politischen und wissenschaftlichen Gründen.

Die europäische Dimension und die deutsche Verquickung spiegeln Meldungen deutscher Medien wider:

„Endlager-Standort zu werden ist wegen der staatlichen Subventionen äußerst lukrativ. Das lothringische Bure hat gute Chancen." (ZDF, Heute in Europa 30.10.2011).

„Ab dem Jahr 2025 soll im französischen Dorf Bure mit der Lagerung hochradioaktiver Abfälle begonnen werden. Die Forschungsarbeiten dazu werden von Deutschland finanziell mitunterstützt." (Deutschlandfunk: 18.10.2011).

Dabei geht es nicht nur um deutsche Gelder und Forschung, sondern auch um handfeste Hilfe: „Im saarländischen Lehrbergwerk Velsen werden derzeit französische Bergleute für das mögliche Atommüllendlager in Bure bei Toul ausgebildet. Es handelt sich um eine Kooperation zwischen deutschen Stellen und der Atommüllbehörde in Paris." (SR 10.10.2011)

Im Sommer 2006 wurde ein Gesetz über die Entsorgung der radioaktiven Abfälle durch nur 19 von 577 Abgeordneten des französischen Parlaments angenommen - mehr waren nicht anwesend. Sie bestätigten damit die Fortsetzung der Forschungen bis 2016. [http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Endlagerung/Projekte/Endlagerforschung/laufend/Kooperation_Untertagelabor_Bure_Frankreich.html] Dann soll ein Umwandlungsgebiet entstehen (zone de transposition), das heißt in einem Gebiet 200 Quadratkilometer um Bure kann unterirdisch das Endlager entstehen.

Entgegen anfänglicher Behauptungen wird inzwischen auch von irreversiblen Einlagerungen gesprochen. Die neuesten Pläne nennen sich Centre Industriel de Stockage Géologique CIGEO, es umfasst ein riesiges Gebiet inklusiver oberirdischer Atomanlage mit erhöhten Grenzwerten. Nach bisheriger Planung soll mit der Einlagerung hochradioaktiver Abfälle ab 2025 begonnen werden.

Die wichtigsten Kritikpunkte

- Es gibt einen eklatanten Widerspruch zum Gesetz, das drei Standorte vorschreibt. Nur Bure zu untersuchen, ist eine illegale Vorfestlegung.
- Es gab millionenschwere Subventionen, mit denen die Zustimmung zu einem „Versuchslabor“ erkauft wurde. Echte Bürgerbeteiligung sieht anders aus.
- Es gibt auch eine deutsche und europäische Beteiligung (EURATOM) - geht es also doch um ein europäisches Endlager? Das Projekt muss auch die angrenzenden Regierungen interessieren, sie müssen eingebunden werden.
- Es gibt laut einer Untersuchung der Geologen Murrot und Muller geologische Verwerfungen im Gebiet. Diese fehlen auf der Karte der ANDRA.
- Das Gebiet hat einen grundwasserreichen Untergrund, was die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung erhöht – es geht um die hydrogeologischen Zusammenhänge z.B. bis ins Pariser Becken.
- Das Geothermiepotential wird nicht untersucht - wenn sich Geothermie lohnt, verbieten Gesetze andere Nutzungen wie Atommüllagerung.
- Bei der gesamten Planung und Durchsetzung des Endlagerprojekts fehlte Bürgerbeteiligung und Transparenz.
- Endlagerung von Atommüll dient dem Weiterbetrieb von Atomanlagen. Daher ist für die Antiatombewegung wichtig: Keine weitere Produktion von Atommüll!
- Es wird erst dann möglich sein, einen gesellschaftlichen Konsens über den Umgang mit Atommüll zu erreichen, wenn keine neuen hochradioaktiven Abfälle mehr produziert werden. Denn so lange manche Konzerne mit dem Betrieb von Atomkraftwerken noch viel Geld verdienen können, wird es aller Erfahrung nach keine ehrliche und auf größtmögliche Sicherheit bezogene Entsorgungsdebatte geben.
- Es ist wissenschaftlich nicht seriös, ein Endlager für Millionen Jahre als sicher zu bezeichnen, es geht um Wahrscheinlichkeiten nach dem bisherigen Stand der Forschung. Tatsächliche Erfahrungen mit Verpackung, Gestein, Erdbeben, Meeresspiegelanhebungen, Verwerfungen, Reaktionen auf Hitze und Radioaktivität - der Müll ist heiß und strahlt noch Tausende Jahre! - gibt es nicht. Die zeitliche Dimension, zum Beispiel einen Testzeitraum von 1000 Jahren, die für eine seriösere Aussage für eine Millionen Jahre notwendig ist, kann es auch nicht geben, denn der Müll sollte eine Millionen Jahre sicher von der Biosphäre abgeschirmt sein. Hinzu kommt die Unsicherheit, ob zukünftige Gesellschaften überhaupt noch wissen, was da verbuddelt ist, von den Gefahren terroristischer Anschläge und der Weiterverwendung des radioaktiven Materials ganz zu schweigen.
- Wesentliche Experten und von der Regierung beauftragte Forschungsinstitute haben über Jahrzehnte behauptet, die Endlager Morsleben und Asse seien auf Dauer sicher. Heute ist bekannt, dass sich diese Gutachter fatal geirrt haben. Bisher haben diese Wissenschaftler und die Politiker nicht aufgearbeitet, warum ihnen derartige Fehleinschätzungen unterlaufen sind. Wer aber die Fehler der Vergangenheit nicht erkennt, läuft Gefahr, sie in Zukunft zu wiederholen.

Protest und internationales Widerstandshaus

Neben dem französischen Netzwerk Atomausstieg, der französischen Koordination gegen Atommüllendlagerung, örtlichen Initiativen und internationalen Unterstützern aus angrenzenden Ländern, gibt es seit 2004 auch das internationale Widerstandshaus „Bure Zone Libre“. Es ist ein strategischer Ort gegenüber dem Infobüro CLIS (Comité Local d‘Information et de Suivi). 2004 wurde ein alter Bauernhof mitten in Bure gekauft und zum Treffpunkt für Atomkraftgegner gemacht, an dem sie sich informieren und austauschen können. Es gibt Übernachtungsmöglichkeiten, Workshops, Ausstellungen und Veranstaltungen.

Die nächste große Aktion ist am So. 5. Juni 2016: „200.000 pas“, d.h. 200.000 Schritte/Nein, es wird wie 2015 mehrere Protestmärsche nach Bure geben - unbedingt vormerken! (http://100000pasabure.over-blog.com/)

Bure als Scheinlösung

Bure hat europäische Dimension und für Atomkraftgegner steht fest: Bure soll trotz aller Kritikpunkte als Endlager durchgesetzt werden, hier ist internationale Solidarität durch Parlamente und die Bevölkerung notwendig, sonst wird mit Bure eine „Scheinlösung des unlösbaren Atommüllproblems“ geschaffen, die den Weiterbetrieb von Atomanlagen wie Cattenom ermöglicht.

Starker Ausbau der Windenergie an Land in 2015

Von Tim Acker

In Deutschland sind nach Angaben der Deutschen Windguard im vergangenen Jahr 1.368 Windkraftanlagen neu errichtet worden, 253 sind abgebaut worden. Insgesamt sind demnach 1.115 Anlagen netto dazu gekommen. Zusammen bringen die neuen Anlagen eine Nennleistung von 3.536 Megawatt (MW), die in einem durchschnittlichen Windjahr ca. 1,4 bis 1,5 Prozent des deutschen Stromverbrauchs liefern können. Damit hat das Jahr 2015 zwar nicht das Rekordjahr 2014 erreicht, in dem insgesamt 4.750 Megawatt neu dazu kamen, immerhin war es war aber das zweibeste Jahr.

Foto: Tim Fuchs

Insgesamt sind zum Jahresende 2015 in Deutschland 25.982 Windkraftanlagen mit einer Leistung von 41.652 MW am Netz. Diese können über 15 Prozent des gesamten Stromverbrauchs abdecken. Unter den Bundesländern führt Schleswig-Holstein mit 888 MW weit vor Nordrhein-Westfalen mit 422 MW das Ranking an.

Neuer Rekord im Saarland

Im Saarland sind 23 neue Anlagen mit zusammen 64 Megawatt neu ans Netz gegangen. Das ist ein neuer Landesrekord, der das Ergebnis des bisherigen Rekordjahrs 2014 – damals wurden 15 Anlagen mit 37,3 MW errichtet – deutlich übertroffen hat. Zum Jahresende haben sich im Saarland insgesamt 136 Rotoren mit einer Gesamtleistung von 266,7 MW gedreht. Sie können rund 7 Prozent des saarländischen Stromverbrauchs liefern.

Das hohe Ausbautempo erklärt sich vor allem durch das in 2017 drohende Ausschreibungsverfahren für neue Windkraftanlagen, das für viele Binnenlandstandorte das Aus bringen kann, weil sie nicht mit küstennahen Standorten konkurrieren können. Die Energiewende Saarland e.V. plädiert deshalb für eine Beibehaltung des jetzigen Erneuerbare Energien Gesetz, weil eine dezentrale Verteilung der Windkraftanlagen zwar nicht die höchstmögliche Windstromernte bringt, jedoch teure und langwierige Netzausbaumaßnahmen vermieden und eine gleichmäßigere Windstromproduktion (die Abhängigkeit von den Windverhältnissen an der Küste sinkt!) erreicht werden kann.

Impressum

Hrsg: Energiewende Saarland e.V.
Postfach 10 04 10, 66004 Saarbrücken

email: energiewende-saarland.de

Bankverbindung:

Bank 1 Saar eG,
IBAN: DE24 5919 0000 0065 8990 00
BIC: SABADE5S

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout: Friedhelm Chlopek

Kontaktadressen:

Artikel und Beiträge für das Internet und das Magazin:
Friedhelm Chlopek, newsroom@energiewende-saarland.de

Fotovoltaik: Christian Bersin, Tel. 0681-473546, Mail: ChrisBersin@web.de

Windkraft, Beteiligungsmodelle: Mail: th.naegler@t-online.de

Energieeinsparung und -effizienz, Erneuerbare Energien:

Peter Wünsch, Tel.06897-7290800, Mail: peter.wuensch1@gmx.net

Finanzen, Mitgliederverwaltung:
Vera Kubitscheck-Nägler, Tel. 06861-75986, Mail: vera.k.naegler@t-online.de

Mehr Artikel und Informationen zu den Artikeln aus diesem Heft finden Sie unter energiewende-saarland.de.
Den Antrag auf Mitglliedschaft in der Energiewende Saarland finden Sie ebenfalls auf unserer Homepage.

Die nächste Ausgabe des Magazins Energiewende Saarland erscheint im September 2016.